
Erklärung zum Zuckerfest, zu Pessach und zu Ostern

Nürnberg, den 12.04.2025

Zur Situation in Israel und Palästina und den Auswirkungen auf unsere Gesellschaft

Aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa bedeutet nach den schrecklichen Erfahrungen der Shoah eine immerwährende Verantwortung für den deutschen Staat und seine Bürger*innen. Jüdisches Leben in Deutschland zu unterstützen sowie die Sicherheit von Jüdinnen, Juden und jüdischen Einrichtungen zu gewährleisten, ist eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft.

Sich Antisemitismus in jeder Form entgegenzustellen, ist die Verpflichtung unseres Rechtsstaates und die beständige Aufgabe aller Menschen in Deutschland und in Europa. Dies gilt auch für jede andere Form von Diskriminierung. Deutsche Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und für die Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und der Shoah auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar. Dauerhafte Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen ist nur durch einen politischen Prozess und eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung oder eine von beiden Seiten getragene andere Lösung auf Basis der Grenzen von 1967 möglich. Dafür setzen wir uns ein. Deswegen verurteilen wir Siedlungsbau und Annexionspläne der israelischen Regierung, die gegen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen verstoßen, sowie Siedlergewalt.

In der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Israel, der Hamas, der Hisbollah und anderen in der Region verurteilen wir auf das Schärfste den brutalen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf Israel und die damit verbundene Verschleppung von Geiseln, die unverzüglich freigelassen werden müssen. Auf der anderen Seite bestürzt uns das Vorgehen Israels, das weit über das verhältnismäßig Angemessene hinausgeht, die Zivilbevölkerung über die Maßen leiden lässt und den Vorwurf eines Völkermords nicht abwegig erscheinen lässt. Deutsche Waffenlieferungen während der aktuellen Auseinandersetzung lehnen wir ab. Der Waffenstillstand Anfang des Jahres war für uns ein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb kritisieren wir die Wiederaufnahme von Kriegshandlungen durch Israel mit aller Entschiedenheit.

Zurzeit muss auch in starkem Maße an das Schicksal der abgeschnittenen palästinensischen Bevölkerung erinnert werden. Anlässlich von Zuckerfest, Pessach und Ostern hoffen wir daher auf ein neu motiviertes Handeln der Staatengemeinschaft im Sinne des humanitären Völkerrechts. Initiativen, die beide Völker verbinden, unterstützen wir. Friedensfördernde Politik bedarf der Bearbeitung kollektiver Traumata sowie der Versöhnungsarbeit.

Wir hoffen auf eine endgültige Waffenruhe, die Israelis und Palästinenser*innen in Frieden miteinander leben lassen kann, als Vorstufe zu Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage von Würde, Gleichheit und Freiheit für alle.

Diese Erklärung wurde von der Jahresmitgliederversammlung von gewaltfrei grün e.V. am 12.04.2025 in Nürnberg mit überwältigender Mehrheit gebilligt. Die Verantwortung für den Text liegt beim Vereinsvorstand, der diese Endfassung am 14.04.2025 einstimmig beschlossen hat.